

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921

173 (25.6.1921) Erstes und Zweites Blatt

Bestandpreis:
In Karlsruhe frei ins Haus
postfrei monatlich 5.50 RM.
In den Ausgabestellen ab-
geholt monatlich 5.10 RM.
Auswärts durch unsere
Agenturen bezogen 5.50 RM.
monatlich, durch den Brief-
träger frei ins Haus gebracht:
monatlich 5.50 RM. Viertel-
jährlich 16.95 RM.

Berlin, Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Friedrichstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Wagen:
Die 4 gelb. Wandzeitung
oder deren Raum lokal
1.40 M. Versandwärts 1.00 RM.
Kleinstelle 6.50 RM.
Abat nach Zeit.
Anzeigen-Annahme
bis 12 Uhr mittags,
kleinere Anzeigen (Anzeigen)
bis 4 Uhr nachmittags.
Vernsprechungslinie:
Geschäftsstelle Nr. 203.
Berlin Nr. 297.
Schriftleitung Nr. 203.
Schriftleitung Nr. 277.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Verantwortlich für Politik: Hermann v. Sier; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinz Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weid; für die „Pyramide“ Karl Fohs; für Inserate: Heinrich Schreyer. Druck und Verlag: C. F. Wälter'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Richard Jäger, Berlin-Lankwitz, Rosarstraße 87. Telefon Zentrum 248. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beifügt ist.

118. Jahrg. Nr. 173.

Samstag, den 25. Juni 1921

Erstes Blatt.

Befegung der Ruhr.

Von Freiherr von Versner,
Mitglied des Reichstags und des
Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten.
Aus Paris erhalt ich immer wieder trotz der
betäubenden Ultimatumannahme, trotz Friedens-
zustandes der Versailler und trotz Friedens-
zustandes der belgischen Ruhr nach der Befegung
des Ruhrgebietes.
In aller Schärfe muß wieder einmal der un-
geheuerliche Rechtsbruch, die einzigartig dastehende
Vergewaltigung allen Rechtes, beleuchtet werden,
die ein solcher Vormarsch von Entente-
truppen nach Deutschland mitten im Frieden be-
deuten würde.
Hierzu muß ich auf die Verhandlungen zurück-
gehen, die ich vor 18 Monaten als Vorsitzender der
deutschen Friedensdelegation in Versailles mit den
Staatsmännern der Entente schriftlich
und mündlich geführt habe:
Anfang November 1919 überfandte mir Herr
Clemenceau eine Note, in der unsere Unter-
schrift unter das sogenannte Schlupprotokoll ver-
langt wurde. Dies Protokoll stellte die Nicht-
erfüllung verschiedener Waffenstillstandsbedin-
gungen durch uns fest — u. a. die Verletzung
der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow durch
Admiral von Reuter — und legte uns neue,
schwere Verpflichtungen und Strafen auf. Die
Hauptbestimmung lautete:
„Sofern Deutschland diesen Verpflichtungen...
nicht nachkommen sollte, behalten sich die Allier-
ten vor, alle militärischen und anderen
Zwangsmassregeln anzuwenden, die sie für an-
gezeigt erachten.“
Ich habe hiergegen sofort Einspruch erhoben
und den Pariser Ententevertretern auf das deut-
lichste erklärt, daß wir es auf das äußerste an-
kommen lassen würden, ohne wir den Alliierten
das Recht zum Einmarsch in deutsches Gebiet
einräumen würden. Das hieß, die Krieg-
für den Friedenszustand weiter be-
stehen lassen. Nach Wochen mühsamer,
hieses vor dem Abbruch stehender Verhandlungen
sahen endlich die gegnerischen Unterhändler
die Berechtigung unseres Standpunktes ein.
Am 8. Dezember 1919 ließ mir Herr Clemen-
ceau eine Note zugehen, wonach die Entente an-
erkannte, daß sich vom Eintritt des Friedens-
zustandes an die Folgen einer Nichterfüllung
vertraglicher Verpflichtungen durch Deutschland
nur nach den allgemeinen Bestimmungen des
Friedensvertrages sowie nach den völkerrecht-
lichen Verfahrensarten bestimmen sollten.
Um sicher zu gehen, haben wir diese Auffassung
in meiner Note vom 15. Dezember 1919 mit fol-
genden bestätigt:
„Die Deutsche Regierung nimmt davon Kennt-
nis, daß nach der Absicht des Obersten Rates
das in dem Schlupprotokoll vorbehaltene Recht
zu militärischen und sonstigen Zwangsmas-
regeln nur Geltung haben soll, bis durch die
Infraktionierung des Vertrags der Friedenszu-
stand hergestellt ist und daß nach diesem Zeit-
punkt die Erfüllung der im Protokoll vorge-
sehenen Verpflichtungen nur durch die allgemeinen
Bestimmungen des Friedensvertrages sowie
durch die allgemeinen völkerrechtlichen Verfab-
rungsarten gewährleistet sein wird.“
Herr Clemenceau antwortete mir hierauf
feinerseits mit folgender Note vom 23. Dezem-
ber:
„Was die Sicherheitsmittel betrifft, von deren
Anwendung die Alliierten hoffen absehen zu können,
so möchten sie feststellen, daß die Deutsche
Regierung hinreichend davon unterrichtet ist,
wenn nach der endgültigen Wieder-
herstellung des Friedenszustandes die Anwendung
von Sicherheitsmitteln, wie sie der Krieg mit sich
bringt, ihr Ende gefunden hat, andererseits
die im Vertrag vorgesehenen beson-
deren Maßnahmen sowie die vom Völkerrecht
anerkannten verschiedenen Verfahrensarten ge-
nannt Anwendung finden werden.“
An keiner Stelle sieht der Friedensvertrag
ein Recht vor, aus irgendeinem Grunde in deut-
sches Gebiet vorzumarschieren. Dies geht ja
schon klar aus der Tatsache hervor, daß unsere
Gegner uns durch die Unterzeichnung des
Schlupprotokolls zwingen wollten, ihnen das
Recht zum Einmarsch nach Deutschland zu ge-
währen. Auch das Völkerrecht kennt natürlich
ein Recht zum Einmarsch in das Gebiet eines
fremden Staates mitten im Frieden nicht.
Ich habe den gegnerischen Unterhändlern
gegenüber dies stets in der allerdeutlichsten
Weise betont. Wir waren völlig einig, daß mit
dem Inkrafttreten des Friedensvertrages —
d. h. mit dem 10. Januar 1920, ein Vormarsch
in deutsches Gebiet nur nach vorher-
gegangener Kriegserklärung erfolgen
konnte.
Die Entente weiß das auch ganz genau. Sie
hat daher systematisch auf den Konferenzen in
Spa, Paris und London versucht, sich durch die
Drohung mit einer Befegung der Ruhr „ge-
wohnhheitsrechtlich“ die Möglichkeit eines

weiteren „friedlichen“ Vormarschs nach
Deutschland offen zu halten.
Immer wieder müssen wir vor aller Welt be-
tonen, daß ein Vormarsch in deutsches Gebiet
den glatten Bruch meiner Pariser Verhandlungen

gen, den Bruch des Friedensvertrages von Ver-
sailles, den Bruch des Völkerrechtes bedeutet.
Unsere Gegner dürfen sich nicht wundern,
wenn Deutschland eines Tages aus ihren eigen-
en Rechtsbrüchen die Folgerungen zieht.

Entspannung in Oberschlesien.

V. Von unserer Berliner Redaktion wird uns ge-
druckt:
Nach den letzten aus Oberschlesien vorliegen-
den Nachrichten ist man in Berliner politischen
Kreisen überzeugt, daß der Annahme des Hörs-
schen Säuberungsplanes keine Schwierigkeiten
mehr im Wege liegen, um so mehr als es ja
bekannt ist, daß erstens Chamberlain die In-
stimmung der englischen Regierung erklärt hat
und daß auch Briand sein Einverständnis zu
diesem Plan gegeben hat. Danach müßte also
Oberschlesien vom Tage der Gültigkeit der Ver-
einbarung ab in sieben Tagen von den Insur-
gententruppen geräumt sein. Die aus Doppel-
rückgekehrte parlamentarische Kommission,
deren Führer, Ministerialdirektor Freiherr von
Walskahn, schon am Donnerstagabend im
Reichskabinett über seine Eindrücke berichtete,
vertritt im allgemeinen die Anschauung, daß die
Interalliierte Kommission von der Notwendig-
keit der Durchführung des Hörschen Planes
überzeugt sei, und daß sie noch in dieser Woche
einen Entschluß fassen werde, ihn zur Durchfüh-
rung zu bringen. Unter dem Eindruck dieser
Mitteilungen sind die Parteiführer, die der er-
wähnten Sitzung des Reichskabinetts ebenfalls
beizuhören, zu Verhandlungen unter sich sowie
mit ihren Fraktionen zusammengetreten, um
die Konsequenzen aus der Lage zu ziehen. Das
wichtigste Ergebnis bei diesen Beratungen ist die
Tatsache, daß die Deutschnationalen ihre Zu-
stimmung dazu gegeben haben, daß ihre ober-
schlesische Interpellation auf unbestimmte Zeit
verlagert wird. Wesentlich hat zu diesem Ent-
schluß eine Kundgebung des ober-schlesischen
Zwölfer-Ausschusses beigetragen, der die Verant-
wortung und Diskussion dieser Interpellation
für ungewinnlich, ja für gefährlich erklärte.
Man kann heute noch nicht sagen, welche Ele-
mente der Stimmungsumschwung, der offenbar
vom Ministerium Briand und Loucheur durch
auch auf die französischen Mitglieder der Inter-
alliierten Kommission sich ausgebreitet hat, her-
beigeführt haben. Aus den Gedanken, die der
bekannte Politiker Marcel Hutin im „Echo de
Paris“ erörtert, könnte man folgern, daß in
Frankreich tatsächlich die Überzeugung durch-
dringt, daß Deutschland ohne Oberschlesien nicht
existenzfähig ist und daher auch für Frankreich
vielmehr ein Schaden, als ein Nutzen sein würde.
Aber es scheint auch, daß die mannigfachen Hin-
weise der deutschen Presse auf die Tatsache, daß
die Vorkriegszeit des ober-schlesischen Industrie-
gebietes von Deutschland das Ende der Regie-
rung Wirth bedeuten würde, nicht ohne Eindruck
geblieben sind. Das Kabinett Wirth, das die Er-
füllung des Londoner Ultimatums als Haupt-
punkt auf sein Programm setzen hat, ist durch
die bündige Erklärung festgelegt, daß diese
Erfüllung ohne die ober-schlesische Industrie nicht
möglich ist. Man sieht aber in Paris allem An-
schein nach ein, daß unter der Kanzlerschaft von
Dr. Wirth diejenigen Verhandlungen, die Frank-
reich am meisten am Herzen liegen, sich immer
greifbareren Ergebnissen nähern. Also hält man
das Nachgeben in der Oberschlesien-Frage
heute für das kleinere Übel.

Bisher konnte die Teilnahme von Angehörigen
nachstehender polnischer Truppenteile ein-
wandfrei festgestellt werden (hier werden die ein-
zelnen Truppenteile aufgezählt). Gefangene
sagen aus, daß folgende geschlossene polnische
Truppenteile nach Oberschlesien gelangt wurden
(folgt die Aufzählung der geschlossenen Forma-
tionen). Ferner ist festgestellt, daß in den pol-
nischen Truppenteilen Vorgesetzte ihre Unterge-
benen zur Weidung nach Oberschlesien aufgefor-
dert und sich nicht geschämt haben, den Befehl zum
Abmarsch geschlossener Einheiten nach Oberschle-
sien zu geben, wenn die Zahl der Freiwilligen
den Erwartungen nicht entsprach. Leute, die sich
freiwillig nach Oberschlesien meldeten, entfernten
sich mit Wissen ihrer Vorgesetzten von der Truppe
oder erhielten unbefristeten Urlaub. Beim Ge-
neralkommando in Posen empfingen die Leute
Zivilkleider, Geld, falsche Papiere, und Mar-
schbefehl. Die Angehörigen der polnischen Armee
müssen, soweit sie nicht von der militärischen Ver-
waltung in Zivil eingekleidet sind, die polnischen
militärischen Abzeichen von der Bekleidung ent-
fernen.
Das Ueberdrehen der Grenze nach Oberschle-
sien vollzieht sich für einzelne Leute, geschlossene
und angeammelte Truppen und für den Nach-
schub noch immer ohne Schwierigkeit, obwohl
nach der Erklärung der polnischen Regierung
gegenüber den alliierten Regierungen, die
Grenze völlig gesperrt sein soll. Besonders muß
hierbei auf die Tatsache hingewiesen werden,
daß nach Aussagen von Angehörigen der 23. pol-
nischen Telegraphenabteilung eine für militä-
rische Zwecke neuangelegte unterirdische Fern-
sprechverbindung von Czestochowa nach dem
ober-schlesischen Gebiet besteht.
Auf Grund dieser einwandfreien erwie-
senen Tatsachen erhebt die deutsche Regierung erneut
nachdrücklich Einspruch gegen die Unter-
stützung des polnischen Aufstandes in Oberschlesien von
Dienststellen und Angehörigen der polnischen Ar-
mee. Sie erhebt dringend die alliierten Regie-
rungen, namentlich durch geeignete Maßnahmen
die endgültige Sperrung der ober-schlesisch-pol-
nischen Grenze sicher zu stellen und damit den vor-
stehend geschilderten Uebergriffen polnischer Sol-
daten und Truppenteile, sowie dem Nachschub
über die Grenze ein Ende zu bereiten. Gleich-
zeitig darf sie erwarten, daß seitens der allier-
ten Regierungen der polnischen Regierung nach-
drücklich jede fernere und auch nur verschlei-
erte Unter-Unterstützung des polnischen Aufstandes in
Oberschlesien untersagt wird.
Der Note ist eine Reihe von Anlagen beige-
fügt, die den schlüssigen Beweis für die Behaup-
tung der deutschen Regierung liefern.

Das amtliche Abstimmungsresultat.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 24. Juni. Das amtliche Organ der
Interalliierten Kommission in Op-
peln veröffentlicht jetzt die amtlichen Abstim-
mungsergebnisse. Danach haben 60 Prozent der
Stimmen für Deutschland gelaufen. Von
sämtlichen Gemeinden haben 25 Prozent eine
deutsche Mehrheit erhalten. In den drei
Wahlkreisen Kreuzburg, Leobischütz und
Oberglogau ist nach amtlicher Feststellung
überhaupt keine Gemeinde mit polnischer Mehr-
heit. Im ganzen Abstimmungsgebiet ist eine
einzige Stadt mit polnischer Mehrheit
festzustellen, nämlich Alt-Berun im Kreis
Plesch, wo 112 polnische und 255 deutsche Stim-
men abgegeben worden sind.

Die Tätigkeit des Roten Kreuzes.

(Eigener Drahtbericht.)
w. Oppeln, 24. Juni. Am 22. Juni fand in
Schöffischütz (Kreis Rosenberg) die Freilassung
weiterer Persönlichkeiten, die durch die ge-
genwärtigen Zustände in Oberschlesien ihrer
Freiheit beraubt waren, durch Vermittlung des
Internationalen Komitees vom Roten Kreuz
statt. 450 bisher von den Insurgenten inter-
nierte Deutsche wurden ihren Angehörigen zu-
rückgegeben. Das deutsche Rote Kreuz hat die
Fürsorge übernommen.

Angriffe auf deutsche Postbeamten.

(Eigener Drahtbericht.)
w. Beuthen, 24. Juni. Nachdem seit drei Ta-
gen der Postverkehr mit dem Ententezug
beseitigt wieder aufgenommen ist, waren be-
reits am ersten Tage dieser probeweisen Post-
wiederaufnahme die deutschen Postbeamten
schweren tätlichen Beleidigungen durch die
Polen ausgesetzt. Die Insurgenten, die auf dem
Beuthener Bahnhof das Regiment führten, ver-
suchten, den deutschen Postbeamten die deutsche
Postkarte von der Nase zu reißen. Die Beamten
leisteten Widerstand. Der Vermittlung der Post-
direktion gelang es, den Vorfall beizulegen.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 24. Juni.

Die Sitzung beginnt kurz nach 1 Uhr. Auf
der Tagesordnung stehen zunächst
keine Anfragen.

Abg. v. Schöb (D. Vpt.) fragt, was die Regie-
rung unternehmen wolle gegen die empörenden
Mißhandlungen und Beschimpfungen, die
deutsche Staatsbürger von französischen
Offizieren und Mannschaften in Oberschle-
sien erfahren haben.
Ein Regierungsvertreter erklärt, die
Regierung habe wiederholt bei der interalliierten
Kommission gegen diese unerhörten Vor-
gänge protestiert, ohne daß bisher Hilfe ge-
sehen sei. Gegen einige besonders schwere
Fälle, deren Darstellung der Regierungsver-
treter auf den Tisch des Hauses niederlegt, sei
neuerdings Protest erhoben worden.
Auf die Frage des
Abg. Dr. Semmler (DntL), ob den ober-
schlesischen Einwohnern der durch die pol-
nischen Insurgenten angerichtete Schaden er-
reicht werde, erklärt ein Regierungsver-
treter, mit Rücksicht auf die stehenden Ver-
handlungen müßte sich die Regierung die An-
wort noch vorbehalten.

Abg. Benemann (D. Vpt.) fragt, was die
Regierung zum Schutze der Deutschen in Polen
getan habe, um ähnliche Deutschenpogrome
zu verhindern, wie sie in Ostrowo vorgekom-
men sind.
Ein Regierungsvertreter bestätigt,
daß bei den Pogromen in Ostrowo hauptsächlich
Deutsche und Juden geschädigt worden sind. Die
polnischen Zivil- und Militärbehörden haben
nichts getan, um die ihnen bekannten Vorberei-
tungen zu den Pogromen zu verhindern. Die
polnische Regierung habe allerdings die Verhüt-
ung ähnlicher Vorfälle zugesagt; aber trotzdem
seien schon wieder neue Pogrome im Gange.
(Hört! Hört!) Von der polnischen Regierung
müsse nachdrücklich der Schutz ihrer Staatsbür-
ger deutscher Abstammung gefordert werden.
(Beifall.)

Abg. Dr. Marek (D. Vpt.) protestiert in
einer Anfrage dagegen, daß das Auswärtige
Amt auf Veranlassung der französischen Regie-
rung die Filme „Die schwarze Schmach“
und „Abenteuer eines Fremdenlegation-
narrs“ verboten hat, während im französi-
schen Film ungehindert die allergrößte Deut-
schenhetze getrieben wird.
Ein Regierungsvertreter antwortet,
die Entscheidung der Reichsprüfungsstelle über
die deutschen Filme stehe noch aus. Die Regie-
rung versuche mit allen Mitteln, gegen die Deut-
schenhetze im Auslande vorzugehen.

Darauf wird der Staatsvertrag über die
Ueberleitung der Wasserstraßen
von den Ländern auf das Reich debattlos
an den Finanzausschuß überwiesen.

Der Gesetzentwurf über die Ueberleitung von
Rechtsangelegenheiten der Kon-
fessionen debattlos angenommen.
Der Gesetzentwurf, wodurch die Gültigkeit des
Kohlenenergiegesetzes
bis zum 31. März 1922 verlängert wird, findet
in zweiter Lesung Annahme.

Abg. Ruffel (U.S.) begründet einen Antrag
seiner Partei auf Sozialisierung der
Kohlenwirtschaft.
Abg. Löffler (Soz.) stimmt diesem Antrage zu.
Im Sammelgespräch werden dafür 99, da-
gegen 122 Stimmen abgegeben. Das Haus ist
somit beschlußfähig.

Der Präsident eröffnet um 1/3 Uhr eine
neue Sitzung.

Abg. Dr. Herz (U.S.) erinnert bei der dritten
Lesung der Kohlensteuervorlage daran,
daß vor einem Jahre der Reichstag einstimmig
eine Entschließung angenommen hat, die die
Sozialisierung der Kohle verlangt. Mit Rück-
sicht auf diesen rechtsgültigen Beschluß zieht der
Redner den neuen Sozialisationsantrag zu-
rück. Die Kohlensteuervorlage wird sodann in
dritter Lesung angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzent-
wurfes über den
Staatsgerichtshof.

Bei der Beschlußfassung über dieses Ge-
setz, das eine Verfassungsänderung bedingt, ist die
Anwesenheit von zwei Drittel der Reichs-
tagsabgeordneten notwendig.

Abg. Dr. Herzfeld (Komm.) begründet noch-
mals die ablehnende Haltung seiner Freunde zu
der Vorlage. Der Staatsgerichtshof würde die
Macht des Parlamentes ausschalten, wenn er
nach der Vorlage zusammengefaßt werde.

Die Vorlage wird ohne weitere Aussprache
angenommen. Die Beschlußfassung
wird auf Vorschlag des Präsidenten ausgesetzt,
da die erforderliche Anzahl von Abge-
ordneten nicht anwesend ist.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzent-
wurfes zur beschleunigten Erhebung des

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 10 Seiten.

Reichsnotopfers und der Vermögenszuwachssteuer.

Abg. Dr. Helfferich (DntL.) erklärt, seine Fraktion verzichte auf die Wiedereinbringung der im Ausschuss abgelehnten Anträge, weil die Regierung die Wünsche der Auslandsdeutschen durch eine besondere Vorlage erfüllen wolle.

Abg. Hyskel (U.S.). Der Ausschuss hat die Vorlage nicht verbessert, sondern vergrößert. Abg. Geuer (Komm.) macht die Rechte dafür verantwortlich, daß aus dem Reichsnotopfer durch die Verteilung über 30 Jahre eine neue Steuer geworden sei.

Abg. Dr. Helfferich (DntL.) bezeichnet die Behauptung, daß die Besiegten noch keine Opfer gebracht hätten, als eine Unwahrheit. Sie hätten allein 1920 15 Milliarden aufgebracht.

Reichskanzler Dr. Brüning: Die wichtige Behauptung, daß die Lohnsteuer eine Verschärfung der Einkommensteuer sei, entbehrt jeder Begründung. Die Frage der Erfassung des Besitzes wird eine der größten politischen Fragen sein, die den Reichstag binnen kurzem beschäftigen werden. Der Stichtag vom 31. Dezember 1919 war zweifellos ein Unglück. Die Vertreter des Mittelstandes sind die Opfer der politischen Katastrophe geworden; sie haben die größten Opfer gebracht. Jetzt gilt es, die Befähigung der Produktionsmittel zu erfassen. Das wird aber erschwert, wenn jetzt die Brandfahnen des Parteibaders in das Parlament geworfen werden. Jetzt müssen alle zusammenstehen, die praktische Arbeit leisten wollen. (Beifall.)

Vizepräsident Dr. Bell: Der Reichskanzler sprach von wichtigen Reden. Ich stelle demgegenüber fest: Es gehört zu den ältesten Traditionen des Reichstages, daß hier nie wichtige Reden gehalten werden! (Große Heiterkeit.)

Abg. Keil (Soz.): Wir haben einige Bedenken gegen die Vorlage, werden ihr aber dennoch zustimmen.

Abg. Geuer (Komm.) kündigt für die kommenden Generalsitzungen die befristeten politischen Kampfe an.

Die Vorlage wird hierauf in der Ausschussfassung angenommen. Im Anschluß hieran wird der Gesetzentwurf noch in dritter Lesung angenommen.

ES folgt die zweite Beratung des Nachtragssetats.

Beim Etat des Reichswirtschaftsrates wendet sich der

Abg. Scholz (D. Bpt.) gegen den Ausschussantrag auf Befreiung der Freifahrkarten für die Mitglieder des Reichswirtschaftsrates.

Abg. Hoch (Soz.) empfiehlt dagegen die Annahme des Ausschussantrages, der dann mit geringer Mehrheit angenommen wird. Ohne weitere Debatte werden hierauf die Etats des Reichswirtschaftsrates und des Reichsstaatsministeriums angenommen.

Beim Etat des Reichswehrministeriums führt

Abg. Künzler (U.S.) Beschwerde über den reaktionären monarchistischen Geist, der sich in der Reichswehr breit mache.

Abg. Schoepflin (Soz.) fragt, aus welchen Gründen ausgeschiedene Offiziere fortwährend weiter befördert würden.

Reichswehrminister Dr. Gessler antwortet, es handle sich dabei nur um die Aufarbeitung von Beförderungsmöglichkeiten, die bald abgeschlossen sein würden.

Der Etat wird bewilligt. Dann wird die Beratung der Novelle für Angestelltenversicherung

fortgesetzt.

Abg. Lambach (D.R.) tritt für die Vorlage ein.

Abg. Andre (Zentr.): Die Vorlage ist ja besserungsbedürftig, aber sie ist notwendig. Die Frage einer Verschmelzung mit der allgemeinen Arbeiterversicherung kann erst gelöst werden, wenn die Reichsversicherungsordnung grundlegend reformiert wird. Wir und die Deutsch-

Demokraten wollen dahin wirken, daß dieses Notgesetz möglichst rasch verabschiedet wird.

Abg. Thiele (D. Bpt.) bestreitet, daß die Mehrheit der Angestellten auf dem absehbenden Standpunkt des Abg. Wiebel der Vorlage gegenüber steht.

Abg. Aufhäuser (U.S.): Die Vorlage ändert nichts an der sehr reformbedürftigen Verwaltung der Angestelltenversicherung, die 80 % der Einnahmen verschlingt. Die Vorlage ist einseitig für die Interessen der Versicherungsanstalt, schädlich aber für die Interessen der Angestellten und versucht einen scharfen Trennungsschnitt gegen die Arbeiter zu ziehen.

Abg. Barz (Komm.) fordert die Verschmelzung der Angestelltenversicherung mit der allgemeinen Arbeiterversicherung.

Mit einer kurzen Erwiderung eines Regierungsvertreters schließt die Aussprache. Die Vorlage geht an einen sozialpolitischen Ausschuss.

Nächste Sitzung: Samstag mittag 12 Uhr. Kleine Vorlagen.

Schluß: 7 Uhr.

Das Auslandsschädengesetz.

Berlin, 24. Juni. Der 24. Ausschuss des Reichstages hat die erste Lesung des Auslandsschädengesetzes begonnen. Der Bund der Auslandsdeutschen G. V. als dessen Vertreter Geheimrat Groß, Dr. Vach (früher Niga), Rechtsanwalt Dr. Einhorn (früher Paris) erschienen waren, trat für die Gleichstellung des Auslandsschädlichen mit den aus den abgetretenen Gebieten und den deutschen Kolonien vertriebenen Reichsanghörigen ein. Abänderungsanträge wurden dem Ausschuss unterbreitet.

Deutsches Reich.

Aus dem Bayerischen Landtag.

Von unserem Münchener fr.-Korrespondenten wird uns gedruckt: Im Geschäftsrundungsausschuss des Bayerischen Landtages wurde der Antrag der U.S.P. auf Haftentlassung d. h. Straftatbestände für die Abg. Toller, Rikif, Eisenberger, Sauber, Hagemeyer und Schmidt, die zur Zeit wegen Hochverrat freigesprochenen verurteilt, mit allen Stimmen gegen die der Sozialisten abgelehnt.

Gemeinsame Front.

Wie uns unser Münchener Korrespondent drabtet, haben sich die insgesamt 25 Verbände, welche sich die Bekämpfung der Schuldfrage und die Aufstellung einer Gegenliste über die feindlichen Kriegsgreuel zur Aufgabe gemacht haben, zu einem einheitlichen Reichsverband zusammengeschlossen, an dessen Spitze als erster Vorsitzender Legationsrat a. D. Dr. Freiberger von Versener, der ehemalige Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation, steht.

Die sächsischen Reichssozialdemokraten.

Wie uns unser Dresdener Korrespondent drabtet, findet in Leipzig am 2. und 3. Juli der Parteiparteitag der sächsischen Reichssozialdemokratie statt. Die radikale Chemnitzer Gruppe hat zum Parteitag einen Antrag eingebracht, worin es als dringend notwendig erklärt wird, daß der Landesparteitag die Frage der politischen Einigung verwerfliche. In dem Antrag heißt es: Da die Verhältnisse in Sachsen für eine Einigung der sozialistischen Parteien günstiger liegen als im Reich, entstehe auch für das sächsische Proletariat eine umso ernster Verpflichtung. Die S.P.D. schlägt deshalb vor, sich auf den Boden der realen Tatsachen zu stellen und von Partei zu Partei in unverbindliche Verhandlungen zu treten wegen sofortiger Bildung einer politischen Arbeitsgemeinschaft mit dem klar gestellten Ziele einer späteren organisierten Vereinigung. Der Kampf in der Presse und bei den Wahlen ist auf das äußerste einzuschränken, alle Kraft ist gemeinsam gegen den Feind von rechts und links zu richten. Daraus geht hervor, daß es auf dem Parteitag zu ernstlichen Auseinandersetzungen zwischen der radik-

alen Chemnitzer und der gemäßigten Dresdener Richtung kommen wird. Bemerkenswert ist, daß die Chemnitzer offenbar mit baldigen Neuwahlen rechnen, doch ist nicht ausgeschlossen, daß sie die Neuwahlen zum Reichstag oder Sächsischen Landtag im Auge haben.

Evangelische Landesynode.

8. öffentliche Sitzung.

Vizepräsident van der Floe eröffnete gestern vormittag 9 Uhr 20 Min. die Sitzung. Das Haus setzte die Besprechung des Hauptberichts des Ev. Oberkirchenrats fort.

Abg. Schulz (Zib.) berichtete über die Abschnitte Religionsunterricht an den höheren Schulen, Jugendpflege und Jugendvereine. Der Berichterstatter wünschte Förderung der Jugendvereine durch Gewährung von Mitteln. Die Kommission stellte den Antrag, eine Zentralstelle für Jugendfürsorge einzurichten. Diese soll besetzt werden mit einem Geistlichen aus der Landeskirche. Ferner soll ein Jugendpfarramt in Karlsruhe errichtet werden. Der Berichterstatter gedachte des kirchlichen Presseamtes, das sich gut eingeführt habe und deshalb allgemeine Förderung verdiene.

In der Aussprache würdigte Abg. Schmittbrenner-Wiesloch (Zib.) die Verdienste des Pietismus um die Jugendpflege.

Abg. Wurtz (Zib.) würdigte die Arbeit des Landesvereins für Innere Mission im Interesse der Jugendpflege und verlangte, daß diese nicht gekürzt werde.

Abg. Spies (Zib.) dankte der Kirchenbehörde für die Einrichtung eines Jugendsonntags.

Abg. Seib (Zib.) teilte mit, daß der Finanz-Ausschuss für die Bewilligung der Mittel für das Landesjugendamt und das Jugendpfarramt in Karlsruhe eintrete.

Abg. Fr. Janzon (Zib.) bezeichnete das Jugendpfarramt in Mannheim als vorbildlich für alle Jugendämter.

Abg. van der Floe (Zib.) machte Mitteilung von dem Jugendpfarramt in Pforzheim.

Eine Entschließung des Ausschusses, nach der die Landesynode die Gemeinden auffordere, die Jugendfürsorge zu fördern, wurde einstimmig angenommen, ebenso auch die Anträge auf Errichtung einer Zentralstelle für Jugendpflege und eines Jugendpfarramts in Karlsruhe.

Das Haus beschäftigte sich dann mit der Frage des evangelisch-sozialen Pfarramtes. Im Zusammenhange damit begründete

Abg. Wurtz (Zib.) folgenden Antrag: „Die bad. Landesynode fühlt sich, im Bewußtsein der ungeheuren sittlichen und materiellen Not der gesamten Welt, zu der Kundgebung gedrängt, daß sie den Geist des gegenwärtigen Wirtschaftssystems und internationalen Nahrungens als unvereinbar mit dem Geiste Christi zurückweist. Daher begrüßt sie alle diejenigen Bestrebungen, welche die Überwindung dieses Systems mit seinen sittlich verderbenden Folgen zum Ziel haben. Eine Bewegung der Welt ist nur von einer Regelung des Gesamtwirtschafts- und Völkerebens nach christlichen Grundgedanken zu erhoffen. Insbesondere fordert sie von der Kirchenregierung kräftigste Unterstützung derjenigen Vereinigungen, welche auf der Grundlage eines vereinigten Weltprotestantismus eine Erdringung und Verbrüderung über internationale Fragen herbeiführen wollen.“

Abg. Seufert (Zib.) würdigte die Tätigkeit des Evangelisch-Sozialen Kongresses und der kirchlich-sozialen Konferenz. Das wünschenswerte wäre, wenn wir nicht ein evangelisch-soziales Pfarramt bekämen, sondern lauter evangelisch-soziale Pfarrer. Das kirchlich-soziale Pfarramt muß politisch neutral sein. Die Zeit, daß man aus dem Evangelium wirtschaftliche Programme ableite, schiebe vorbei zu sein.

Abg. Bender (Zib.): Das kirchlich-soziale Pfarramt trägt seinen Namen noch nicht ganz mit Recht. Der Träger des Amtes sollte eine mehr soziale Ausbildung erhalten. Nötig ist auch eine Fühlungnahme mit den bestehenden kirchlich-sozialen Organisationen. Wir bedürfen

eine Stelle, bei der die Möglichkeit besteht, alle die Dinge zu übersehen, die um unsere Kirche gehen. Die Kirche müsse tun, was sie könne, um die Klüfte in unserem Volke zu überbrücken. Aufgabe der Kirche ist es aber nicht, sich in das Schlepptau einer politischen Partei zu begeben. Daß dies ganze kirchliche Gruppen tun, müssen wir als falsch bezeichnen. Das Evangelium selbst und das einzige Heilmittel zu sein zur Befreiung der sozialen Schädigen. Die Erben Stöckers, von Bobelshwinghs und Wicherns sitzen nicht beim Volkskirchenbund.

Abg. Bud (Zib.) hat um eifrige und kritische Mitarbeit beim kirchlich-sozialen Pfarramt. Oberkirchenrat Kuzinger: Das soziale Pfarramt hat das Generalsekretariat der evangelischen Arbeitervereine zu führen. Die leibliche Tätigkeit des kirchlich-sozialen Pfarrers war von gutem Erfolge. Der soziale Pfarrer hat auch den Arbeiterinnerebenen zu dienen und Arbeitersekretäre auszubilden.

Nach einer kurzen politischen Auseinandersetzung zwischen Abg. Wurtz (Zib.) und Wurtz (Zib.) wurde eine Entschließung des Ausschusses angenommen, in der es heißt: Die Landesynode lehnt es ab, für ein bestimmtes Wirtschaftssystem Propaganda zu machen. Sie erkennt es als Pflicht der Kirche an, auch das Wirtschaftsleben unter dem Gesichtspunkte des Evangeliums zu betrachten. Das Evangelium Christi ist das alleinige Heilmittel für die Nothe unserer Zeit.

Die Synode fordert alle Geistlichen auf, das Evangelium lauter und rein zu verkünden. — Die Entschließung des Volkskirchenbundes wurde abgelehnt.

Abg. Schulz (Zib.) berichtete über den Abschnitt „Kirchendienste“ und wies dabei auf die Schwächung des Kirchendienstes durch sportliche Veranstaltungen hin. Den Kirchenbehörden sollte der Berichterstatter Dank für ihre Mitwirkung bei den Gottesdiensten.

In der Aussprache beschäftigten sich die Abg. van der Floe und Camerer mit den kirchlichen Visitationen.

Abg. Fischer (Zib.) erklärte, die Früh- und Abendgottesdienste fänden nicht die Bedeutung, die ihnen zukäme. In diesen Gottesdiensten lasse man meistens die Hilfsgeistlichen predigen.

Abg. Kappeler (Zib.) forderte, daß unser Volk an das Kirchengehen zu gemöhnen sei. Bedauerlich sei es, daß die Gebildeten selten Gaste in der Kirche sind, auch sie sollten eifriger zur Kirche kommen. Alle Schichten des Volkes sollten sich des Segens der kirchlichen Gemeinschaft nicht entäußern.

Das Haus nahm folgende Entschließung an: „Die Landesynode ruft allen Gemeindegliedern, die durch fleißigen Besuch der Gottesdienste und des hl. Abendmahles der Kirche dienen, zu. Wir grüßen euch, die ihr vom Hause des Herrn seid. Die Landesynode beklagt es, daß viele Mitglieder unserer Kirche dem Gottesdienste und der Abendmahlsfeier fern bleiben, sie ermahnt die evangelischen Hausväter und Hausmütter zu einer täglichen Hausandacht.“

Abg. Kemmer (Zib.) wünschte eine gleichmäßige Gestaltung der Jugendgottesdienste.

Abg. Schulz (Zib.) stellte sich auf den entgegengekehrten Standpunkt und verlangt für diese Gottesdienste eine größere Freiheit.

Präsident Dr. Schmittbrenner ging auf die Wünsche der Vorredner ein.

Abg. Vogelmann (Zib.) verlangte einen Schluß der hohen kirchlichen Beiräte gegen ein Überwuchern des Sports.

Abg. van der Floe pflichtete dem Vorredner bei.

Präsident Dr. Schmittbrenner: Die Oberkirchenbehörde hat wiederholt Vorstellungen bei der Regierung erhoben gegen Entweihung der Sonntage und des Karfreitags.

Das Haus nahm eine Entschließung an, in der es heißt: Die Landesynode bittet die sportfreundliche Jugend, darauf zu achten, daß es nicht nur gilt, den Leib tüchtig zu machen, sondern auch den Geist zu fähigen. Die Jugend muß hierzu aus dem Worte Gottes die Kraft schöpfen, indem sie den Gottesdienst regelmäßig besucht.“

Kunst und Wissenschaft.

Ein Jugendwerk Klings aus seiner karlsruher Akademiezeit in der Badischen Kunsthalle.

Die Badische Kunsthalle hat einen neuen Kunstgenuss zu verzeichnen, der gegenwärtig im Saale der Neuerwerbungen ausgestellt ist. Die Witwe des verstorbenen Professor Max Klinger in Leipzig, hat, wie schon berichtet, ein unbekanntes Jugendwerk ihres Mannes der Kunsthalle als Geschenk überwiehen, das besondere Beachtung verdient. Das Gemälde, ein Stillleben, ist mit so überaus feiner Technik gemalt, daß nur wenige den späteren Klinger darin erkennen werden. Auch kennen wir nichts derartiges in Klingers Werk. Auf einem Tischchen, das ein bunter Teppich bedeckt, stehen ein Gipstopf, ein Blumentopf, eine Messingschale, eine Muschel, geschmackvoll beigemalten, drappiert von einem dunkelblauen Vorhang und einem zartblauen Stoff. Im Hintergrund sieht man die graue Aletterwand und in hellem Holzrahmen ein dunkles Bild, das offenbar einen Freund mit Mütze und Palette darstellt. Das Licht fällt von links herein, blüht in der Schale, schimmert in den Stoffen und hebt die freibige Plastik des männlichen Gipstopfes aus grauen Schatten und grünen Blättern. Die Malerei ist breit und fett, al primo, mit einer Bravour und Frische, die ganz erkennlich ist. Die Behandlung des Teppichs, des Messings, der Stoffe kann an Verheers Vorbild gemahnen, dessen Dresdener Gesellschaftsbild der junge Maler gewiß studiert hatte. Kurzum, ein Bild, das für einen Akademiestüler ungewöhnlich gut ist und das es gewiß wertende, in eine Galerie zu gelangen, auch wenn sein Maler späterhin nicht berühmt geworden wäre.

Was nun dies Bild für Karlsruhe bedeutsam macht, ist die Tatsache, daß es in der karlsruher Akademie gemalt worden ist. Es wird nicht vielen bekannt sein, daß der junge Klinger als Siebzehnjähriger aus Leipzig nach Karlsruhe gekommen war, um die Akademie zu besuchen. Wir finden ihn auch in der Stammtafel der

Akademie in den Jahren 1873-75 in der Afitenklasse verzeichnet. Dem bestimmenden Einfluß scheint auf ihn damals ein Maler geübt zu haben, der 1873 aus Weimar nach Karlsruhe berufen worden war, nachdem er in Weimar, München und Italien seine Maltechnik vervollkommen hatte. Max Gussow, der durch seine realistischen Genrebilder Aufsehen gemacht hatte und der jede Eigenart ohne eine vorgefasste Lehrmethode zu schämen und zu entwickeln mußte, hatte offenbar auch den vielbegabten Sachsen in seiner starken Persönlichkeit erkannt. Verraten schon die Zeichnungen aus jener Zeit, die „biblischen Szenen“ (Dresden, Kupferstichkabinett) oder die „Straße in Gröningen“ (Leipzig, Museum) die eigenwillige Persönlichkeit des Jugendlichen, so beweist uns nun das erwähnte Stillleben, daß Klinger auch als Maler ein hartes und eigenes Talent besaß, das er später neben seinem graphischen und bildnerischen etwas verkümmern ließ. Das Stillleben muß also — wie das köstliche Selbstbildnis an der Staffelei (1874) — unter Gussows Einfluß 1873/74 entstanden sein. Es ist hier nicht weiter auszuführen, wie Gussow (der neben Keller erfolgreich gelehrt und geschaffen hatte) 1875 einer Berufung an die Akademie in Berlin folgte und den jungen Schüler mit sich zog, wie Klinger sich allmählich seinem Einfluß entzog und eigene Wege suchte, die ihn zu Menzels Bildern und Rembrandts Radierungen führten. Die Badische Kunsthalle — die sich zur Aufgabe gestellt hat, die Geschichte der karlsruher Akademie in den Werken ihrer besten Lehrer und Schüler anschaulich zu machen — ist zu diesem neuen Kunstwerk mit Recht zu begrüßwünschen. R.

Galerie Moos.

Das Zeichenrische in der Malkunst drängt sich erfreulicherweise gerade nach den Extravaganzen eines mißverstandenen Expressionismus in den Ausstellungen wieder in den Vordergrund. So finden sich in der Galerie Moos starke Blätter zu Dostojewskis „Kaskolnikoff“ von Wilfried Otto. Sie sind auch als Wappe (Steinzeichnungen) herausgekommen. In sich ist es fast eine Unmöglichkeit, der geradezu lächmenden Suggestivkraft des russischen Dichters auf

einem andern Gebiet der Kunst nahezu kommen. Daß es dem Maler gelungen ist, neben der Dichtung überhaupt Eindruck zu machen, bedingt schon einen erheblichen Grad von Anerkennung. Mit farbigen, feintintigen und zuweilen ersticklich betonten Zeichnungen ist Goebe vertreten. Peter Salin (München) bringt ein paar erlebte Proben seiner bekannnten Radierkunst, in der er schon große Erfolge hatte, als noch nicht jeder Malersmann zur Nadel griff. Als ob das Naderien nicht eine spezifische Kunst, sondern nur eine unschwer zu erlernende Nebenübung wäre! Mit halbem Schmeigen und halbem Geschehen stellen Julius Gerhardt und M. Böhm einige Tafeln aus, die teilweise immerhin eine gute dekorative Wirkung erzielen. Karl Lacroix bringt in breitem Vortrag gute Aquarelle. Eine umfangreichere Sammlung bietet Alex Soldenoff. Vornehm im Ton, in sozusagen schwebender Zeichnung wirken die Bilder apart; so der Ddusseus und die Landung zum Fest. Judith ist originell in der Auffassung, aber kaum dem Geist der Dichtung entsprechend. Zwei Frauenporträts sind wohl die beste Leistung der ausgestellten Tafeln Solbenoffs. Von Walter Lillie finden sich warm empfundene Schwarzwalddandtschaften, von Gustav Kullerich Blumen und großtintige Gebirgsbilder, von Friedrich Fehr einige Stillleben und das flott skizzierte Bild der Tänzerin Viesel S., verklämt im Flur verdeckt.

Kunstverein.

Von erheblicher Mannigfaltigkeit ist die derzeitige Folge der Kunstvereinsausstellungen. Das Köstliche bieten diesmal die Radierungen in den Witrinen. Sie stammen von dem bekannten Malerromantiker Ferdinand Stäger, der durch seine Beiträge in der „Jugend“ weiteren Kreisen bekannt geworden ist. Es sind entzückende Blätter in dem einmaligen Stil und der Liebesswürdigkeit des poetischen Künstlers ohne Anführungszeichen. Mozarts Reise nach Prag von Moritz, Die Narrenburg von Eitler, Waldbreen, Eidenborffs Taugenichts haben den Untergrund für eine liebliche Reihe immer Zeichnungen abgegeben. Die „Junge Liebe“ ist ein weinendes Volkslied. Eduard Kälwel

ist in anderer Art als Stäger „literarisch“ beeinflusst. Man sagt bei ihm besser: kulturhistorisch beladen. Seine farbigen Zeichnungen antiker Vorwürfe z. B. geben durch mehrere Kunstepochen. Antike in Rocco erfaßt und mit heutigem Erkennen dargestellt. Eine große Sammlung stellt Toni Cister (München) aus. Die Baditide und Wasserjüets sind einbittlich im Stil und reizvoll durch ihre gedämpften Farben. In anderer Art farbig stark sind Jol. Eichbachs (Romtana) Tafeln. Nicht appetitliche Stillleben bringt E. Loepfer Jdte in Frankfurt a. M.). „Die rote Decke“ enthält übrigens ein kleines satirisches Phänomen: die Krüge stehen auf einer senkrechten Tischtafel und fallen doch nicht herunter. Th. Gieser (Karlsruhe) bringt neben anderem ein gutes Selbstbildnis, sowie ein vortreffliches Porträt des Geh. Hofrats D. Seine beste gegenwärtige Leistung ist vielleicht die jüngere Dame aus dem Koftruhil. Friedrich Fehr bringt Apper Rosen, Caspar Ritter ein Genrebild. Das Aquarell ist vertreten durch Fr. Schwemmer (München), der auch Radierungen mit der Radtmalder ausstellt, und durch den karlsruher Fritz Köhler mit Architekturstudien aus Karlsruhe und Brudsal. Beachtliche Bleistiftporträts gibt Margarete Ebers von hier.

Ueber die Bühnenkunstausstellung Emil Burfards ein andermal gesondert.

Indiribus.

Dozentur für Keramik auf der Berliner Lechnischen Hochschule. Eine planmäßige Dozentur für Keramik ist jetzt in der Abteilung für Chemie und Hüttenkunde an der Technischen Hochschule zu Berlin-Charlottenburg neu begründet worden. Der Minister hat sie dem Privatdozenten Dr. Riese, dem Chemiker bei der Berliner Porzellanmanufaktur, übertragen.

Personalen. Der Semiotologe und Archäologe Dr. Baumstark an der Vorderischen Lehranstalt zu Sashach bei Aghern erhielt einen Ruf als Honorarprofessor für jüdische Geschichte und Literatur an der Universität Bonn. Der in seinem Fach in Jena und Ausland hochangesehene Gelehrte wird der Berufung Folge leisten.

Herrn B. (Vof.) trat für die Abhaltung von Baldgottesdiensten ein. Die Geistlichen seien für die Seelsorge freigemacht worden.

Herrn Kattermann dankte der Kirchenbehörde für die Beurlaubung von Pfarrern für die Werke der Innern Mission.

Herrn Klein (Vof.) sprach den Männern Dank, die Erweckungsprediger für die Kirche wurden, die Eros Schrentz und Samuel Keller.

Herrn Herrmann (Vof.) dankte dem Oberkonsulenten für die Förderung der Evangelisationsarbeit. Die Evangelisation dürfe aber nicht als Beurlaubung von Pfarrern angesehen werden.

Herrn Schulz (Vof.) sprach für die Einführung von apologetischen Vorträgen ein.

Herrn Seib (Vof.) unterläste eine Bittschrift der Diapora-Gemeinde St. Blasien um Verbleib des Pastoralatsgehilfen.

Herrn Schmitt (Vof.) bemerkte, die Kirchenbehörde müsse bei ihrem Standpunkte bleiben.

Herrn Schulz (Vof.) befragte ebenfalls die Behörden aus St. Blasien. Eine Entschädigung, die Gehalt der Gemeinde St. Blasien, den dortigen Geistlichen zum Pfarrer der Landeskirche zu ernennen, der Kirchenregierung empfehlend zu verweisen, wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Herrn Schulz (Vof.) berichtete über den Abtritt „Kirchliche Wemter“ und besprach dabei auch die Ausbildung der Geistlichen; mit dieser Frage beschäftigte sich in der Aussprache die Abg. H. (Vof.)

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Besuchs der Gemeinde St. Blasien, den dortigen Geistlichen zum Pfarrer der Landeskirche zu ernennen, der Kirchenregierung empfehlend zu verweisen, wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Herrn Schulz (Vof.) berichtete über den Abtritt „Kirchliche Wemter“ und besprach dabei auch die Ausbildung der Geistlichen; mit dieser Frage beschäftigte sich in der Aussprache die Abg. H. (Vof.)

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Besuchs der Gemeinde St. Blasien, den dortigen Geistlichen zum Pfarrer der Landeskirche zu ernennen, der Kirchenregierung empfehlend zu verweisen, wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Herrn Schulz (Vof.) berichtete über den Abtritt „Kirchliche Wemter“ und besprach dabei auch die Ausbildung der Geistlichen; mit dieser Frage beschäftigte sich in der Aussprache die Abg. H. (Vof.)

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Besuchs der Gemeinde St. Blasien, den dortigen Geistlichen zum Pfarrer der Landeskirche zu ernennen, der Kirchenregierung empfehlend zu verweisen, wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Herrn Schulz (Vof.) berichtete über den Abtritt „Kirchliche Wemter“ und besprach dabei auch die Ausbildung der Geistlichen; mit dieser Frage beschäftigte sich in der Aussprache die Abg. H. (Vof.)

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Besuchs der Gemeinde St. Blasien, den dortigen Geistlichen zum Pfarrer der Landeskirche zu ernennen, der Kirchenregierung empfehlend zu verweisen, wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Herrn Schulz (Vof.) berichtete über den Abtritt „Kirchliche Wemter“ und besprach dabei auch die Ausbildung der Geistlichen; mit dieser Frage beschäftigte sich in der Aussprache die Abg. H. (Vof.)

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Besuchs der Gemeinde St. Blasien, den dortigen Geistlichen zum Pfarrer der Landeskirche zu ernennen, der Kirchenregierung empfehlend zu verweisen, wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Herrn Schulz (Vof.) berichtete über den Abtritt „Kirchliche Wemter“ und besprach dabei auch die Ausbildung der Geistlichen; mit dieser Frage beschäftigte sich in der Aussprache die Abg. H. (Vof.)

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Besuchs der Gemeinde St. Blasien, den dortigen Geistlichen zum Pfarrer der Landeskirche zu ernennen, der Kirchenregierung empfehlend zu verweisen, wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Herrn Schulz (Vof.) berichtete über den Abtritt „Kirchliche Wemter“ und besprach dabei auch die Ausbildung der Geistlichen; mit dieser Frage beschäftigte sich in der Aussprache die Abg. H. (Vof.)

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Besuchs der Gemeinde St. Blasien, den dortigen Geistlichen zum Pfarrer der Landeskirche zu ernennen, der Kirchenregierung empfehlend zu verweisen, wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Herrn Schulz (Vof.) berichtete über den Abtritt „Kirchliche Wemter“ und besprach dabei auch die Ausbildung der Geistlichen; mit dieser Frage beschäftigte sich in der Aussprache die Abg. H. (Vof.)

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Besuchs der Gemeinde St. Blasien, den dortigen Geistlichen zum Pfarrer der Landeskirche zu ernennen, der Kirchenregierung empfehlend zu verweisen, wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Herrn Schulz (Vof.) berichtete über den Abtritt „Kirchliche Wemter“ und besprach dabei auch die Ausbildung der Geistlichen; mit dieser Frage beschäftigte sich in der Aussprache die Abg. H. (Vof.)

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Besuchs der Gemeinde St. Blasien, den dortigen Geistlichen zum Pfarrer der Landeskirche zu ernennen, der Kirchenregierung empfehlend zu verweisen, wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Herrn Schulz (Vof.) berichtete über den Abtritt „Kirchliche Wemter“ und besprach dabei auch die Ausbildung der Geistlichen; mit dieser Frage beschäftigte sich in der Aussprache die Abg. H. (Vof.)

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Besuchs der Gemeinde St. Blasien, den dortigen Geistlichen zum Pfarrer der Landeskirche zu ernennen, der Kirchenregierung empfehlend zu verweisen, wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Herrn Schulz (Vof.) berichtete über den Abtritt „Kirchliche Wemter“ und besprach dabei auch die Ausbildung der Geistlichen; mit dieser Frage beschäftigte sich in der Aussprache die Abg. H. (Vof.)

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Besuchs der Gemeinde St. Blasien, den dortigen Geistlichen zum Pfarrer der Landeskirche zu ernennen, der Kirchenregierung empfehlend zu verweisen, wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Herrn Schulz (Vof.) berichtete über den Abtritt „Kirchliche Wemter“ und besprach dabei auch die Ausbildung der Geistlichen; mit dieser Frage beschäftigte sich in der Aussprache die Abg. H. (Vof.)

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Besuchs der Gemeinde St. Blasien, den dortigen Geistlichen zum Pfarrer der Landeskirche zu ernennen, der Kirchenregierung empfehlend zu verweisen, wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Herrn Schulz (Vof.) berichtete über den Abtritt „Kirchliche Wemter“ und besprach dabei auch die Ausbildung der Geistlichen; mit dieser Frage beschäftigte sich in der Aussprache die Abg. H. (Vof.)

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Besuchs der Gemeinde St. Blasien, den dortigen Geistlichen zum Pfarrer der Landeskirche zu ernennen, der Kirchenregierung empfehlend zu verweisen, wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Herrn Schulz (Vof.) berichtete über den Abtritt „Kirchliche Wemter“ und besprach dabei auch die Ausbildung der Geistlichen; mit dieser Frage beschäftigte sich in der Aussprache die Abg. H. (Vof.)

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Besuchs der Gemeinde St. Blasien, den dortigen Geistlichen zum Pfarrer der Landeskirche zu ernennen, der Kirchenregierung empfehlend zu verweisen, wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Herrn Schulz (Vof.) berichtete über den Abtritt „Kirchliche Wemter“ und besprach dabei auch die Ausbildung der Geistlichen; mit dieser Frage beschäftigte sich in der Aussprache die Abg. H. (Vof.)

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Besuchs der Gemeinde St. Blasien, den dortigen Geistlichen zum Pfarrer der Landeskirche zu ernennen, der Kirchenregierung empfehlend zu verweisen, wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Herrn Schulz (Vof.) berichtete über den Abtritt „Kirchliche Wemter“ und besprach dabei auch die Ausbildung der Geistlichen; mit dieser Frage beschäftigte sich in der Aussprache die Abg. H. (Vof.)

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Besuchs der Gemeinde St. Blasien, den dortigen Geistlichen zum Pfarrer der Landeskirche zu ernennen, der Kirchenregierung empfehlend zu verweisen, wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Herrn Schulz (Vof.) berichtete über den Abtritt „Kirchliche Wemter“ und besprach dabei auch die Ausbildung der Geistlichen; mit dieser Frage beschäftigte sich in der Aussprache die Abg. H. (Vof.)

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Besuchs der Gemeinde St. Blasien, den dortigen Geistlichen zum Pfarrer der Landeskirche zu ernennen, der Kirchenregierung empfehlend zu verweisen, wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Herrn Schulz (Vof.) berichtete über den Abtritt „Kirchliche Wemter“ und besprach dabei auch die Ausbildung der Geistlichen; mit dieser Frage beschäftigte sich in der Aussprache die Abg. H. (Vof.)

Herrn Schulz (Vof.) sprach über die Einführung des Besuchs der Gemeinde St. Blasien, den dortigen Geistlichen zum Pfarrer der Landeskirche zu ernennen, der Kirchenregierung empfehlend zu verweisen, wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

läßt, der Gemeindefassung stattfindet. Bei Beratung und Beschlußfassung über Angelegenheiten der Armenpflege sollen je ein Geistlicher der in der Gemeinde vertretenen anerkannten kirchlichen oder religiösen Gemeinschaften, Vertreter der Lehrer nach näherer Regelung der Gemeindefassung, der Armenrat, wo ein solcher bestellt ist, und der Beamte, dem die Verwaltung der Polizei übertragen ist, in Angelegenheiten der Gesundheitspolizei mindestens ein Arzt, sofern ein solcher in der Gemeinde wohnt, zugezogen werden; das Nähere bestimmt die Gemeindefassung. Die von sozialdemokratischer Seite angeregte Einführung der Volkswahl wurde mit 9 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Die Regierung ließ ihre Anregung auf Aufnahme einer Bestimmung fallen, wonach Bürgermeister und Gemeinderäte auch ohne Verlegung ihrer Dienstpflichten sehr erschweren oder vereiteln oder die staatlichen Interessen in schwerer Weise gefährden, aus dem Dienste sollten entlassen werden können.

In der Vollversammlung des Landtags wird die Gemeindeordnung voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Juli zur Beratung kommen.

Der badische Landtag wird am Montag, nachmittags 5 Uhr, eine öffentliche Sitzung abhalten. Zur Beratung stehen eine Gesetzesvorlage über die Elektrizitätsversorgung des Landes und Gesetze.

Jubiläums-Sportwoche des K.F.V. Meisterrnannschaftsspiel K. F. V. — Pönitz 2:3. Nicht das Resultat des Sieges bildete den ausschlaggebenden Teil bei diesem Treffen, das Hauptinteresse war darauf gerichtet, die alten Kämpfer von 1909/10 einmal möglichst vollständig auf dem grünen Rasen vereint zu sehen.

Die Spieler waren zu diesem Selbstzweck aus allen Mannschaften Deutschlands herbeigekallt, einige haben sich in den letzten Jahren sportlich nicht mehr betätigt, andere zählen wieder heute noch zu den besten Spielern der führenden Vereine ihrer Heimatsorte. Alle aber zeigten ihr Bestes an, um ihren alten Farben erdichtmögliche Ehre zu machen. Die Alten boten einen erfrischenden Aufstoß; flottes Tempo, schnelles Spiel, Balltechnik und Ballbehandlung waren mitunter glänzend, zahlreiche Feinheiten gab es zu sehen, wie sie gute Spieler nicht besser bieten können, ein freies, auf dem Rasen im vollen Sinne des Wortes, der Höhepunkt der ganzen Jubiläumssportwoche. Der Massenbesuch dokumentierte am besten die Sympathie der Karlsruher Sportgemeinde mit ihren alten Kämpfern. Wohl keiner der Laufenden hatte ein derartiges schönes Spiel erwartet; die Altmeister hoben mit ihrem Spiel die Begeisterung der Massen für den Fußballsport wieder zu besserer Höhe empor.

Nachdem sich die Mannschaft nach Verlassen des Platzes aufs herzlichste begrüßt hatte, stellte sie sich dem trefflichen Schiedsrichter Schiedsrichter Rossi in der von uns geübten schon mitgeteilten Aufstellung, Pönitz kompakt, K.F.V. nur mit der Abänderung, daß an Stelle des nicht eingetroffenen Weening Schwarz als Mitteläufer, an dessen Stelle Dinger trat.

K.F.V. drängte die erste Viertelrunde und erhielt dann durch ein Eigentor des linken Pönitzverteidigers die Führung. Nun kommt aus Pönitz auf; ein scharfer Schuß Fritz Reiser wurde zur ersten Ecke abgewehrt, die noch eine beizugleiche Situation vor dem K.F.V.-Tor im Besitze hat. Nachdem Pönitz den zweiten Eckball erzielt hatte, schießt Reiser Dito in der 27. Minute das erste Tor und stellte den Ausgleich her. K.F.V. stellt um. Trumpp geht als Mitteläufer, Schwarz an Trumpp Stelle als Verteidiger fünf Minuten vor der Pause fällt durch Beschützer D r d e r e s das zweite Tor, im nächsten Augenblick wird aber nur das Glück, den Ausgleich. Pönitz erhält den dritten Eckball, der nicht eintrifft. Halbzeit 2:1, Eck 0:3.

Während der Pause hielt Redemanns. S u b e r am Denkstein der Gefallenen eine Ansprache und legte einen Lorbeerkranz nieder.

Nach der Pause wird das Spiel noch schöner wie zuvor. Mittelschnell weichen die Spieler, bis Pönitz nach einer Viertelrunde sich einige Minuten vor dem K.F.V.-Tor legt. Drei weitere Ecken, alle schon vor Tor gegeben, schaffen gefährliche Situationen, bis schließlich Fritz Reiser das zweite Tor schießt und den Ausgleich herbeiführt. Nach knapp 10 Minuten schießt Leibold das dritte Tor, Pönitz hat die Führung. Gleich darauf erzielt die siebente Ecke. Pönitz zeigt ein wunderbares Spiel, an die alte Manierzeit gemahnend und liegt dabei einige Zeit in scharfer Angriffs. K.F.V. stellt mehrfach um und trägt nun ebenfalls einige sehr gefährliche Angriffe vor. Die letzten Minuten drängt Pönitz in schärfstem Tempo, vermag aber am Resultat nichts mehr zu ändern, so daß Pönitz als Sieger mit 3:2 Toren das Spiel beenden kann. Endverhältnis Pönitz 7, K.F.V. 0.

Sportwoche des K.F.V. Heute Samstag, nachmittags 1/2 Uhr, feiert der K.F.V. das Programm mit dem Schlußspiel Teufelsknecht gegen K.F.V. fort, an das sich Sonntag vormittags 1/2 Uhr ein solches zwischen Aufwärtshafen 03 und K.F.V.-Schüler anschließt. Nachmittags 2 Uhr treten die Junioren des Vereins gegen K.F.V. Freiburg an, so daß die Jugend also reichlich Gelegenheit hat, zu zeigen, was sie unter fachmännischer Leitung gelernt hat. Als würdiger Abschluß der sportlichen Veranstaltungen ist auf 1/2 Uhr ein Wettspiel der Gigantmannschaft des K.F.V. gegen den leistungsfähigen friburgerischen Meister, Bayern München, angesetzt. Diese Mannschaft zu loben, ist überflüssig; ihre Fähigkeiten sind zu gut bekannt. Dafür bürgt schon der Name ihres ehemaligen Lehrers Downen, in dessen Schule auch K.F.V. früher stand. Da demnach zwei Mannschaften mit gleichem System einander gegenüberzutreten, wird sich bestimmt ein spannender Kampf entwickeln.

Zum Sportfest der Technischen Hochschule Karlsruhe. Trotz der Unruhe der Witterung konnten fast alle vorerwähnten Wettkämpfe abgehalten werden. Es stehen nur noch aus: an Einzelkämpfen: Stabhochsprung und 400 Meter-Lauf; an Mannschaftskämpfen: Fußball, Handball, Schwedenstaffel und olympische Staffel. Im Gedächtnis (25 Kilometer mit 20 Kilogr. Last) über Blankenloch-Graben-Neudorf ging als erster Zimmermann (mit 8 Stunden 30 Min.) durchs Ziel. Die Sieger im Schwimmen (Dienstag nachmittags im Nebenhafen) sind: 100 Meter-Fruchtschwimmer: Lepmann (Kad., Schwimm-Gruppe) mit 1:50,2; 100 Meter Seitenchwimmer: Wiedemann (Memannia) 1:28,3; 100 Meter Handüberband: Kämmler (Normannia) 1:20,1; 100 Meter Rückenschwimmer: Wiedemann (Memannia) 1:46,2; Ruderstaffel 4x50 Meter: Kad., Schwimm-Gruppe mit 2:50,2.

Turnspiele. Schlagballwettspiel M.Z.S. — A.Z.S. 1846. Donnerstag abend 7 Uhr fand auf dem Engländerplatz das Wettspiel um die Gaumeisterschaft im Schlagball zwischen den ersten Mannschaften des Karlsruher Turnvereins 1846 und des Männerturnvereins Karlsruhe statt. Nach Wahl des Schlichters A.Z.S. 46 den Schlichterstand. Aber schon nach wenigen Minuten führt M.Z.S. nach schönem Zusammenspiel durch Kommer einen Beschluß herbei und hielt von nun an während 85 Minuten fast ohne Unterbrechung den Schlichterstand besetzt. Still- und wechelschlagene Bälle, vom Publikum staunend bewundert, beherrschten das Spiel und erndlichen es A.Z.S. nicht, von seiner bemerkenswerten Selbstbeherrschung weichen zu lassen. Die A.Z.S. durch das anstrengende Spiel bis auf den vorletzten Mann ankommen, der dann mit einer wunderbaren Kette (Stellschlag) 10 Bällen den Weg bis zu den Masthaken bahnte, worauf Nr. 13 einen Wechelschlag, auf den alle 10 Mann ohne Gegenwirkung den Schlichterstand wieder erreichten. Erst gegen Schluß als sich A.Z.S. mehr und mehr einstellt hatte und M.Z.S. durch das anstrengende Spiel sehr ermüdet war, wurde das Spiel ausgetauscht und nahm bis dessen Ende einen interessanten und wechelschlagenen Verlauf. Die zu vielen Hunderten das Spielfeld dicht umlaufenden Zuschauer waren voll bezaubert über die glänzenden Leistungen beider Mannschaften. Es sei deshalb schon heute auf das voraussichtlich am Dienstag, den 5. Juli, abends 7 Uhr, auf gleichem Platz stattfindenden Wettspiel aufmerksam gemacht. Das Spiel endete mit 110:45 Punkten für Männerturnverein Karlsruhe.

Aus Baden und Kurorten. Herrrensals. Die Zahl der Fremden betrug bis zum 22. Juni 2223.

Letzte Nachrichten. Neue Verhandlungen über den Wiederaufbau. (Eigener Drahtbericht.) Paris, 24. Juni. Die der „Petit Parisien“ mitteilt, werden in der kommenden Woche Verhandlungen zwischen Staatssekretär Bergmann, Guggenheimer und Loucheur über den Wiederaufbau geführt werden. Die Frage der Beteiligung deutscher Arbeiter am Wiederaufbau, die Minister Athenau in Wiesbaden angekündigt hat, werde auch besprochen werden. Die erste Unterredung sei für Dienstag festgesetzt.

1. Paris, 24. Juni. (Eig. Drahtber.) Die politische Aufmerksamkeit konzentriert sich hier auf die Fortsetzung der Verhandlungen von Wiesbaden, die bekanntlich in Paris am 27. Juni stattfinden sollen. Die deutschen Bevollmächtigten werden am Samstag abend hier eintreffen. Die Verhandlungen sollen am Montag beginnen. Gleichzeitig wird Sorge getragen, England und Italien von den in Wiesbaden erfolgten Verhandlungen in Kenntnis zu setzen. In Italien scheint es einigermaßen befremdend zu haben, daß es nicht von Anfang an auf dem Laufenden gehalten wurde. Dieser Meinungsaustrausch zwischen den deutschen und französischen Bevollmächtigten soll die Grundlage zum Arbeitsplan der nächsten Sitzung des Obersten Rates abgeben, die am 17. Juli stattfinden wird.

2. Paris, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Es wird bekannt, daß die deutsche Regierung vorgeschlagen hat, auch mit dem Vertreter Belgien in direkte Verhandlungen zu treten, doch ist bisher noch keine Antwort von Belgien eingetroffen.

Eine andere Angelegenheit, die baldmöglichst zur Erledigung gelangen soll, ist die Aufhebung der Sanktionen. Man weiß in Paris, daß die britische Ansicht dahin geht, daß Ruhrort, Duisburg und Düsseldorf geräumt werden sollen und daß die Zollgrenze aufgehoben werden könnte. Es ist wahrscheinlich, daß auf französische Anregungen hin diese Zollgrenze nicht sofort vollständig fallen gelassen werden wird, sondern daß man sie mehr und mehr zurückzieht, im gleichen Verhältnis, wie Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt.

Aus dem englischen Unterhaus. (Eigener Drahtbericht.) London, 24. Juni. Am Donnerstag wurden im Unterhaus mehrere Anfragen an die Regierung gestellt über die Urteile des Leipziger Reichsgericht gegen die sogenannten „Kriegsverbrecher“. Der Generalstaatsanwalt Sir Ernest Pollock antwortete im Namen der Regierung, daß die Berichte über die Verhandlungen der Regierung zugegangen seien. Es bestehe jedoch nicht die Absicht, diese Berichte vor das Parlament zu bringen. Wenn alle Aufnahmefälle, die noch zur Verhandlung stehen, vom Leipziger Reichsgericht erledigt seien, würden die Alliierten unter sich über die zu treffenden Maßnahmen beraten.

Chamberlain gab dann dem Hause in Abwesenheit Lloyd Georges, der dem Königspaar auf seiner Rückreise nach Irland entgegengefahren ist, Erklärungen über die Besprechung von Lord Curzon in Paris über das Vermittlungsangebot im griechisch-türkischen Konflikt durch die alliierten Mächte. Sollte die griechische Regierung dieses Angebot zurückweisen, so könnten selbstverständlich die alliierten Mächte diesen Weg nicht weiter verfolgen, doch würden sich die Griechen dann selbst die Folgen zuschreiben haben. Sollte dagegen die grie-

chische Regierung in ihrem eigenen Interesse das Angebot der Mächte annehmen, dann würden die Mächte der griechischen Regierung die Bedingungen vorlegen, die sie den Türken vorzuschlagen gedenken, um den Feindseligkeiten ein Ende zu machen und Friedensverhandlungen einzuleiten.

Am Schlusse seiner Rede teilte Chamberlain noch mit, daß im Laufe des kommenden Monats in Boulogne-sur-mer eine Tagung des Obersten Rates stattfinden werde.

Ein Komplott gegen Lloyd George. (Eigener Drahtbericht.) London, 24. Juni. Im Zusammenhang mit der Rede, die Lord Robert Cecil gegen Lloyd George gehalten hat, veröffentlicht „Manchester Guardian“ gestern einen Artikel, wonach innerhalb der englischen Regierung ein Komplott aufgedeckt worden sei, um Lloyd George zu stürzen. An der Spitze dieses Komplotts stehen angeblich Lord Birkenhead, der Lordkanzler und Churchill. Da aber Churchill die Angriffe gegen Lloyd George nicht eröffnen wollte, weil er vom Unterhaus keine Unterstützung zu erwarten hatte, wurde der Versuch aufgegeben. Gestern abend hat nun Lord Birkenhead dieses Gerücht demontiert und als Erfindung bezeichnet. Indessen scheint an dem Plane doch etwas Wahres zu sein. Die heutige „Daily Mail“ erklärt nämlich, daß die Mitteilung des „Manchester Guardian“ verfrüht erfolgte und der Plan deshalb scheiterte. Außerdem hat man den gegenwärtigen Zeitpunkt, da die Konferenz der Dominions in London tagt, nicht für geeignet gehalten, um eine Kabinettskrise herbeizuführen. Es besteht aber zweifellos ein Komplott gegen Lloyd George, dessen Mittelpunkt Churchill sei, der übrigens auch der Angelpunkt in der künftigen Regierungskombination sein wird.

Die Streikbewegung in England. (Eigener Drahtbericht.) London, 24. Juni. Verschiedene von dem Vorstand der Kohlenarbeiter zum Sympathiestreik eingeladene Arbeiterverbände haben mitgeteilt, daß sie an einem solchen Streik nicht teilnehmen werden. Ein Vorstandsmitglied des Kohlenarbeiterverbandes von Sedwales erklärte in einer Rede in Pontypool, daß der Vorstand des Kohlenarbeiterverbandes auf dem Standpunkt stehe, es müsse Befehl zur Ausführung einer drastischen Maßregel gegeben werden, die die Regierung zur Bewilligung besserer Bedingungen zwingen würde.

Tauchbootverkehr zwischen Irland und Amerika. (Eigener Drahtbericht.) New York, 24. Juni. Nach der New York Tribune unterhalten die Sinnfeiner mit zwei Tauchbooten einen Dienst zwischen Irland und Amerika. De Valera kam in einem solchen Tauchboot im Jahre 1919 nach den Vereinigten Staaten und kehrte auf demselben Wege nach Irland zurück.

Das unruhige Ägypten. (Eigener Drahtbericht.) London, 24. Juni. In Ägypten drohen neue Unruhen auszubrechen. Nach der Morning Post rufen die englandsfeindlichen Reden der ägyptischen Radikalen in amtlichen Kreisen große Beunruhigung hervor. Die Regierung hat alle Maßnahmen getroffen, damit der Aufstand so schnell wie möglich unterdrückt werden kann.

Griechenland und Türkei. (Eigener Drahtbericht.) London, 24. Juni. Nach dem Korrespondenten der Morningpost in Konstantinopel hat der kemalistische Minister für auswärtige Angelegenheiten auf indirektem Wege der griechischen Regierung ein neues Friedensangebot gemacht. Das Parlament habe erklärt, wenn Griechenland zu einer friedlichen Lösung bereit sei, würde die Regierung von Angora auch ihrerseits die Lage von dem gleichen Gesichtspunkt aus ansetzen. Indessen könne kein Vertrag angenommen werden, der nicht die Rückkehr von Smyrna und Thrazien zur Türkei in sich schließe.

1. Paris, 24. Juni. (Eig. Drahtber.) Durch Vermittlung Pavid Paschas scheint in Konstantinopel und Angora eine Verständigung herbeigeführt worden zu sein. Es ist möglich, daß die Konstantinopeler Regierung zurücktritt und Kemal Pascha alleiniges türkisches Staatsoberhaupt wird. Eine neue Offensive Kemals scheint bevorzustehen.

Die alliierten Schulden in den Vereinigten Staaten. (Eigener Drahtbericht.) New York, 24. Juni. Senator Penrose hat im Senat einen Antrag eingebracht, der den Staatssekretär Mellon bevollmächtigt, die Konsolidierung der alliierten Kriegsschulden in den Vereinigten Staaten in die Wege zu leiten. Mellon wird sofort mit den alliierten Regierungen verhandeln. Die Initiative zu diesem Antrage geht vom Präsidenten Harding aus, der an die Ausschüsse des Senats und des Repräsentantenhauses eine Note landte mit der Bitte, die Vollmachten Mellons zu erweitern.

Der Internationale Gerichtshof. (Eigener Drahtbericht.) Paris, 24. Juni. Der Senat diskutiert in erster Lesung den Gesetzentwurf, der das Statut des Völkerbundesrat begründenden permanenten Internationalen Gerichtshofes ratifiziert. Mehrere Nationen haben dieses Statut schon ratifiziert. Der Gesetzentwurf wurde einstimmig angenommen.

Der Markkurs in Zürich. (Eigener Drahtbericht.) Zürich, 24. Juni. Deutige Schlussnotierung: 100 Mark = 8,20 Gold, 8,30 Brief-Franken.

Eine Dame. die eine zarte, weiße Haut u. schönen Teint erlangen u. erhalten will, wendet sich an die Badische Landesbibliothek.

Badische Landesbibliothek. Baden-Württemberg.

Aus Baden.

Die Errichtung von Finanzämtern. Auf 1. Juli d. J. werden in Gernsbach, Weinheim und Osterburken Finanzämter errichtet.

Der Geschäftsbezirk des Finanzamts Gernsbach umfaßt den bisherigen Steuerkommissariatsbezirk Gernsbach, d. h. den Amtsgerichtsbezirk Gernsbach und vom Amtsgerichtsbezirk Raßhau die Gemeinden Gaggenau und Rotenfels. Das Finanzamt übernimmt für seinen Geschäftsbezirk die Geschäfte des Finanzamts Raßhau mit Ausnahme der Verbrauchssteuern sowie der badischen Fleischsteuer, ferner die Geschäfte des bisherigen Steuerkommissariatsbezirks Gernsbach, der von dem genannten Zeitpunkt aufgehoben und mit dem Finanzamt Gernsbach vereinigt wird.

Der Geschäftsbezirk des Finanzamts Weinsheim umfaßt den Amtsbezirk Weinsheim und den Amtsbezirk Mannheim der Gemeinden Leimbach, Redarhausen und Schriesheim. Das Finanzamt übernimmt für seinen Geschäftsbezirk die Geschäfte des Finanzamts Mannheim des bisherigen Steuerkommissariatsbezirks Weinsheim, der auf 1. Juli d. J. aufgehoben und mit dem Finanzamt Weinsheim vereinigt wird. Ebenso wird auf 1. Juli d. J. die Steuerinspektion Weinsheim aufgehoben und mit dem Finanzamt vereinigt. Das Finanzamt ist im Leimbach das Gräflich-Vertheimische Schloss im Weinsheim untergebracht.

Das Finanzamt Osterburken umfaßt die Amtsbezirke Adelsheim und Vorberg mit Ausnahme der Gemeinden Sachsenflur, Dainbach, Oberhüpf, Oberhüpf, Lendenrieden und Kupfershausen, die dem Finanzamt Tauberhirsbach zugeteilt werden. Das Finanzamt Osterburken übernimmt für seinen Geschäftsbezirk die Geschäfte der Finanzämter Mosbach und Tauberhirsbach mit Ausnahme der Geschäfte der Verbrauchssteuern sowie der badischen Fleischsteuer, ferner die Geschäfte der bisherigen Steuerkommissariatsbezirke für die Bezirke Adelsheim und Vorberg, die auf den 1. Juli d. J. aufgehoben werden. Die Gemeinden Alfeld, Herbolzhelm, Leimbach und Stein des Amtsbezirks Mosbach, die bisher zum Steuerkommissariatsbezirk Adelsheim gehörten, werden dem Finanzamt Mosbach zugeteilt. Auf denselben Zeitpunkt wird auch die Steuerinspektion Osterburken aufgehoben und mit dem Finanzamt vereinigt.

Darmstadt im Lehrerseminar abends 8 Uhr eröffnet. Die Instruktionsvorträge zur Ausbildung von Wanderführern finden im Lehrerseminar von Samstag vormittag 8 Uhr bis nachmittags 6 Uhr statt. Der Schülerrat des Seminars wird diese Verhandlungen durch musikalische Darbietungen einleiten. Den Tag beschließt ein großer Volksunterhaltungabend in der Stadthalle, bei dem fast sämtliche Selbstberger Jugendgruppen mitwirken. Anlässlich der Tagung finden am Sonntag vormittag Jugendgottesdienste in einer evangelischen und katholischen Kirche statt. Daran schließt sich um 11 Uhr eine Besichtigung des Schlosses unter Sachverständigenführung an. Am Nachmittag treffen sich die Gäste mit den einheimischen Wandergruppen zu einem Volksfest auf dem Dilsberg. — Das badische Ministerium für Kultus und Unterricht und das badische Landesamt für Bildungswesen haben die Lehrer, die an den Beratungen teilnehmen, für Samstag, 9. Juli, vom Dienst befreit.

a. Weinheim, 24. Juni. In der gestern abend fortgesetzten Beratung des Bürgerausschusses beschließt man sich hauptsächlich mit den Mitteln zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Die Firmen Carl Freudenberg G. m. b. H. und Sigmund Hirsch haben sich bereit erklärt, der Gemeinnützigen Baugenossenschaft hier zur Förderung des Kleinwohnungsbaues auf die Dauer von 20 Jahren jährlich 120 000 M (100 000 M die Firma Freudenberg und 20 000 M die Firma Hirsch) zur Verfügung zu stellen. An die Stiftung ist die Bedingung geknüpft, daß die Stadt die Zusage gibt, im Falle der Zahlungsunfähigkeit einer der beiden Firmen in deren Verbindlichkeiten gegenüber der Baugenossenschaft einzutreten. Mit Hilfe dieser Stiftung kann sofort ein Kapital von 1 1/2 Millionen aufgenommen werden, womit unter Einzurechnung der zu gewährenden Bauarbeiten etwa 25 Kleinwohnungen zu erbauen sind. Der Gemeinderat beantragte, auf diese Bedingung einzugehen und Bürgschaft in der Höhe des von der Baugenossenschaft aufzunehmenden Kapitals zu leisten. Der Bürgerausschuß erhob diesen Antrag zum Beschluß. Weitere 20 Kleinwohnungen sollen von dem Material von fünf Baracken gebaut werden, die der Gemeinderat von der Reichsvermögensverwaltung käuflich erworben hat. Das Material eignet sich gut zur Erbauung von massiven einstöckigen Fachwerkbauten, die nach den Plänen des Stadtbauamts ausgeführt werden sollen. Der Gemeinderat beantragte, zu der Errichtung dieser 20 Kleinwohnungen eine Million Mark zu bewilligen. Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung gleichfalls einstimmig genehmigt. — Zuletzt wurde mit 28 gegen 22 Stimmen beschlossen, ein dem Direktor Dr. Friedrich Bender gehöriges Anwesen an der Hauptstraße, das für einen Straßenbruch benötigt wird, für 180 000 M im Wege des Vorstandsrechts anzukaufen.

t. Freiburg, 24. Juni. Am Dienstag nachmittag unternahm ein Streikzug aus dem Landesgenossenschaftsverein in Freiburg, einer von ihnen stützte aus bedeutender Höhe auf die Straße und erlitt einen Arm- und Beinbruch und außerdem schwere innere Verletzungen. Dadurch wurde der andere abgelenkt und ließ sich wieder festnehmen. Beide haben noch Strafen von mehreren Jahren zu verbüßen.

t. Freiburg, 23. Juni. Gestern abend fand durch einen großen Teil der Dozentenchaft der hiesigen Universität, der Vertreter des Allgemeinen Studentenausschusses, die Spitzen der Behörden, Vertreter der Geschäftswelt und der Freiburger Bürgerschaft die Gründungsverammlung einer Freiburger Studentenhilfe statt. Die Studentenhilfe hat den Zweck, der immer größer werdenden Notlage der unbemittelten Studierenden zu steuern. Der bisher bestehende „Akademische Hilfsbund“, der sich auf die Fürsorge für kriegsbeschädigte Studenten beschränkt, tritt als Nebenorganisation der Studentenhilfe bei. Die wirtschaftliche Notlage aller Studierenden soll durch Unterstützungsgelder, Ferienarbeitvermittlung, Väterbeschaffung usw. gelindert werden.

t. Konstanz, 24. Juni. Gegenwärtig treiben hier 1 Uhr 15 Minuten in Neupfaffingen, von denen bereits 30 von der Polizei festgenommen werden konnten. Hauptächlich sind Reichswehrsoldaten und Arbeiter die Geschädigten.

Aus dem Stadtkreise.

Die Wetterlage. (Mitgeteilt von der Badischen Landeswetterwarte am 24. Juni 1921.)

Die seit der ersten Juniwoche herrschende Periode kühler Witterung dauerte auch in der vergangenen Woche noch an und brachte sogar eine erneute Verschärfung des Kälteeffektes. Die wesentliche Lage des Hochdruckgebietes über dem Ozean war dem dauernden Zustrom kalter polarer Luftströmungen nach Mitteleuropa zuzuschreiben, die vom hohen Norden sich südwärts ausbreiteten, brachten Deutschland wiederholt Regenschauer, besonders im Norden und Osten, aber auch in unserem Gebiet. Bis zum 22. waren die Temperaturen so tief gesunken, daß auf dem Hochschwarzwald fast der Nullpunkt erreicht war und Neuschnee fiel. Auch auf der Hochfläche der Baar sanken die Temperaturen nachts wiederholt in die Nähe des Gefrierpunktes. Die höchsten Temperaturen überstiegen in der oberirdischen Tiefebene nur an wenigen Tagen 20 Grad. Neuerdings breitet sich das westliche Hochdruckgebiet härter über Mitteleuropa aus und über Nordeuropa steigt der Luftdruck, was darauf hinweist, daß der Juni-Kälteeffekt nun beendet ist. Unter der überwiegenden Herrschaft hohen Luftdruckes ist rasche Erwärmung zu erwarten, der in einigen Tagen wieder Wärmegewitter folgen werden. Im allgemeinen aber steht für die nächste Zeit heiteres, wärmeres Wetter bevor.

Die Ortsgruppe Karlsruhe der Vereinigten Verbände Heimatfreier Oberschlesier hielt am Montag in ihrem Vereinslokal, Residenzantoniensaal, die erste Generalversammlung ab. In der üblichen Weise prangte das Versammlungslokal im schönsten Blumenschmuck, und sehr zahlreich fanden sich die Landsleute von

Ober-, Mittel- und Niederschlesien ein. Der erste Vorsitzende, Herr Krauwitzke, begrüßte die Erschienenen in herzlicher Art und gab einen ausführlichen Bericht über das verfloßene Vereinsjahr. Am 4. Februar 1920 schloß sich 22 Landsleute im „Goldenen Adler“ zu einem Oberschlesierverein zusammen. Die Volksabstimmung brachte noch mehr Landsleute ans Tageslicht, so daß heute ein Mittelsdortstand von 156 zu verzeichnen ist. Der Verein als solcher hatte den Zweck, das Heimatgefühl aller fern von Oberschlesien wohnenden Landsleute zu stärken, sie einander näher zu bringen und engere Beziehungen zur alten Heimat herzustellen. Vor allem aber wurde dem Verein die Aufgabe zuteil, die Vorarbeiten zu erledigen, um alle Oberschlesier zu der Volksabstimmung der Heimat zu führen. Die schwierigen Arbeiten in der Ortsgruppe selbst konnten nur dadurch so glatt und musterhaft erledigt werden, weil erstens deren Leitung in bewährten, organisatorisch befähigten Händen lag, und zweitens weil jedes Mitglied es als seine heiligste Pflicht erkannte, an dem Wohle seiner bedrohten Heimat mitzuarbeiten. Ganz besonders aber waren es die badische Staatsregierung, die Behörden, die Stadterwaltung, sowie die gesamte Presse, die uns jederzeit das weiteste Entgegenkommen darbrachten, wofür ihnen der wärmste Dank gezollt werden muß. Ferner muß allen denen gedankt werden, die die große Notlage unserer Heimat richtig erkannten, und dem ober-schlesischen Volke sowohl vor der Abstimmung, als auch nachher, besonders aber jetzt in seiner schweren Stunde, durch wohlthätige Gaben die Liebe des deutschen Vaterlandes bewiesen haben. Bewegten Herzens nehmen wir an den hiertraurigen Zuständen in unserer Heimat, von Nord- und Schandlaken an der Tagesordnung sind, innigen Anteil. Fürchbare Dualen müssen unsere Schwermut weiden und unsere ergrauten Eltern über sich ergehen lassen, nur aus dem Grunde, weil sie sich als Deutsche zu ihrem lieben, deutschen Vaterlande bekennen. In dieser tiefsten Schmach läßt unsere Heimat den Mut nicht sinken in der festen Zuversicht, recht bald wieder ganz mit dem deutschen Vaterlande vereinigt zu werden. Denn sonst mühten wir vergeblich, wenn man nicht daran glauben dürfte, daß auch die Zeit kommen wird, wo diese fürchterlichen Schandlaken ihre Säbne erhalten. Und getreu dem Aussprüche: „Nie davon sprechen, aber stets daran denken!“ so wollen wir auch fernerhin handeln. Den Ausführungen des ersten Vorsitzenden schloß sich der Bericht des Schriftführers und Kassiers an. Der zunehmende Beifall über die einzelnen Berichte bewies den Vortragenden Dank und Anerkennung sämtlicher Anwesenden. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurde der erste und zweite Vorsitzende, sowie der Kassier und Schriftführer in Anbetracht ihrer musterhaften Tätigkeit im verfloßenen Vereinsjahre einstimmig wiedergewählt. In der erweiterten Vorstandssitzung fanden einige Neu- und Aufnahmestimmungen statt. Der zweite Vorsitzende Frechtiger machte einige Mitteilungen über die für die Oberschlesierhilfe gesammelten Lebensmittel. Kostwertige Waren in Höhe von 12 700 M konnten mit unseren bedrängten Landsleuten teilen, gewiß ein schönes Ergebnis in heutiger Zeit; er dankte allen Gebern für die dem ober-schlesischen Volke in seiner schweren Not bewiesene Treue. Die hier anwesenden Oberschlesier werden diese Bereitwilligkeit zu würdigen wissen. Des Dankes der Heimat dürfen die Wohltäter gewiß sein. Es fand nun die Uebergabe des von unserem Mitstreiter Hans Thoma im Auftrage des badischen Staatsministeriums gefertigten und mit seiner Widmung versehenen Gedenkblattes, den „Hilf der Tausend“ darstellend, an jeden Abstimmbaren statt. Es ist dies ein schönes u. bleibendes Andenken an den großen, für die Wiedergeburt unseres niedergeschmeterten deutschen Volkes so bedeutungsvollen Tag: den 20. März 1921. Mit 1/4 Million deutscher Stimmenmehrheit bekannte sich das ober-schlesische Volk zu seinem deutschen Mutterlande. Wohl an deutsches Volk, bleibe standhaft u. verlange dein auf dem schmuckvollen Friedensvertrage verbrieftes Recht: „Ein ganzes und ungeteiltes Oberschlesien!“ Hier in unserer zweiten Heimat wollen wir Oberschlesier treu und unverzagt zu der alten Heimat stehen und jederzeit Leid und Freud mit ihr teilen.

Lebensmittelverteilung. In der nächsten Woche kommen Haushaltmehl und Kindernährmittel zur Verteilung. Das Nähere ist aus dem Anzeigenteil zu ersehen.

Verfälschtes Konjulat. Die Perische Regierung hat den Posten eines Perischen Generalkonsuls in Karlsruhe, den bisher Herr Abraham Hennrich innehatte, aufgehoben.

Erholungsurlaub für Stadtkinder. Der Caritasverband der Erzbischöflichen Freiburg beabsichtigt, seine zur Erholungsurlaub bereiten Kinderferienheime durch die Einführung zweier Ferienkolonien zu 4 Wochen noch weiter auszunutzen. Es ist geplant, die erste Abreise etwa vom 20. Juli bis 20. August und die zweite anschließend vom 20. August bis 20. September in den Erholungsheimen unterzubringen. Das Unterrichtsministerium ermächtigt die Schulaufsichtsbehörden und die Leiter der Schulen, den in Betracht kommenden Schülern und Schülerinnen vor dem Beginn der Ferien oder nach deren Ablauf die etwa noch notwendige Rücksicht vom Schulbesuch zu erteilen.

Prof. Dr. Paulde sendet uns mit der Bitte um Aufnahme folgende Mitteilung, die wir hier gerne mitteilen: In dem Bericht über Sonnwendfeier und Fadelzug der Karlsruher Studentenschaft in Gillingen in Nr. 171 des Tagblattes war in der Mitteilung über den gegebenen Rede des Prorektors der Fredericiana Prof. Dr. Paulde gesagt worden, daß die Befreiung der kriegsbeschädigten unter unseren Feinden verlangt werden solle. — Eine solche Forderung war in der Rede nicht gestellt worden, da über die verwickelte Frage der Kriegsschuld keine Inkans existiert, die „Befreiung“ auszusprechen und durchzuführen kann. Gefordert wurde aber, daß endlich das deutsche Altematerial zur Klärung der Schuldfrage — nicht einseitig ausgeschaltet — in vollster Sachlichkeit der Öffentlichkeit amtlich übergeben werde; daß ebenso amtlich verlangt werde, daß auch das diesbezügliche Altematerial unserer Feinde ebenso unparteiisch veröffentlicht werde u. daß eine völlig

unparteiische, aus Neutralen zusammengesetzte Instanz dies Material zusammenstellen, prüfen und das Ergebnis der Welt mitteilen solle. Eine weitere Forderung lautete, daß endlich amtlich von deutscher Seite die Akten über die Verbrechen an den deutschen Gefangenen in Feindesland veröffentlicht werden sollen, und daß Befreiung der Schuldigen verlangt werde. — Nur wenn in diesen zwei großen Grundfragen mit voller Unparteilichkeit und Gerechtigkeit keine Bahn geschaffen wird, kann ehrlicher Friede auf der Welt eintreten. Ohne ehrliche Lösung dieser Grundfragen werden Haß, Mißtrauen, Zwietracht, Krieg fortwähren müssen. Die unablässige Stellung dieser Forderungen ist Pflicht der Selbstachtung des deutschen Volkes, sie wird kategorisch verlangt zur Wahrung deutscher Ehre.

Eine Sammlung für Oberschlesien, die bei dem Festkommers der hiesigen Studentenschaft am Mittwoch abend veranstaltet wurde, ergab 2700 Mark. Einige Beträge stehen noch aus.

Abstimmungsfeier. Nachdem am Mittwoch abend im Badischen Landestheater, der Stätte, an der Kammerfänger Josef Schöffel acht Jahre lang mit größtem Erfolge gewirkt hat, der Vortrag zum letzten Male über dem Umjubelten sich beendet hatte, vereinigte sich eine außerordentlich große Anzahl von Kollegen, Freunden und Verehrern Schöffels im Garten des Restaurants Moninger zu einer Abstimmungsfeier für den scheidenden Künstler. Dätte es noch eines Beweises bedurft, welche großer Beliebtheit Schöffel sich in Karlsruhe erfreut — diese Abstimmungsfeier hätte ihn erbracht. In herzlichen Ansprüchen kam die allseitige Bewunderung für den Künstler, zugleich aber auch die große Verehrung und freundschaftliche Gesinnung für den Menschen Schöffel zum Ausdruck, dessen offenes, herzliches, von feiner Feinsinnigkeit angekränzeltes Wesen, dessen froher Humor und treue Anhänglichkeit ihn allen, die ihn näher kannten, wert gemacht hat. Mit tiefem Bedauern sieht man darum Schöffel von hier scheiden, und dieses Bedauern klammert man wieder durch die Worte der Redner; ebenso aber auch der Wunsch, daß Schöffel bald wieder den Weg nach der Stadt Karlsruhe finden werde, mit der er lange Jahre hindurch so fest verknüpft war. Eine Reihe von künstlerischen Darbietungen durch Mitglieder des Landestheaters und sonstige Freunde Schöffels bereicherten den sehr stimmungsvollen, erhebenden Abend, der eine wohlverdiente Ehrung für Josef Schöffel bedeutete, zugleich aber auch einen erfreulichen Beweis besten Einvernehmens zwischen der Künstlerchaft des Theaters und der Bürgerchaft unserer Stadt lieferte.

Lotharbewegung im Gastwirtsgerwerb. Gestern fand im Restaurant zum „Elefanten“ eine gut besuchte Versammlung der Hotel-, Rest.- und Gast-Angehörigen statt, in der es sich in der Hauptsache um die Tarifangelegenheit handelte. Die lebhafteste Aussprache endete mit der einstimmigen Ablehnung des Tarifvorschlags der Wirtorganisation über das Prospektivem. Folgende Entschliessung wurde einstimmig angenommen: Die heute im „Elefanten“ zur behäufte öffentliche Versammlung aller gastwirtschaftlichen Angehörigen lehnt den von der Arbeitgeberorganisation vorgeschlagenen Tarif in Bezug der 5 Prozent in fast allen Betrieben einmütig ab. Die Organisationsleitung wird beauftragt: 1. nochmals mit den Arbeitgebern in Verhandlungen zu treten, um einen den Verhältnissen entsprechenden Prozentsatz einzuführen entsprechend dem Wunsch der verarmten Angestellten. 2. Sollte eine Einigung nicht zustande kommen, sind die uns zur Verfügung stehenden Instanzen und Maßnahmen in Anwendung zu bringen. Vor allen Dingen muß versucht werden, sofort für die Festbepflichten die Rückwirkung der Löhne bis 1. Juni, wie von der Tarifkommission festgelegt, durchzuführen.

Veranstaltungen. „Die frühlichen Drei“, die eine Ferien-Reise durch den Schwarzwald unternommen, werden Mittwoch, 29. d., abends 1/2 Uhr, im Künstlerhaus einen Kleinmuskelsabend zur Eröffnung des Unternehmens geben. Hans Blum wird ein neues Programm heiterer Darbietungen in Vers und Prosa bringen, während Ada und Karl-Heinz Kögeler Lieder und Duette zur Laute singen. Da der Abend dieselbe amangefüllte äußere Form zeigen soll, wie in den schwarzwälder Konzerten, so wird er im bewirtschafteten Saale vor sich gehen. Es ist aber Sorge getragen, daß offene Weine bei nicht faberemäßigem Preisen ausgedient werden. Der erste Platz ist nummeriert. Den Vorverkauf hat die Musikalienhandlung Fritz Müller, Ede-Wald- und Kaiserstraße. Eine Sonderkarte der Dobermannpinner findet, vom Dobermannpinner-Verein veranstaltet, am morgigen Sonntag im Schreppenschen Garten (Beierthemer Allee) statt. (S. d. Anz.).

Standesbuch-Ausgabe. Cheausgabe. 22. Juni: Dr. Bischof von hier, Gipl. hier, mit Rosa Knobloch von hier; Otto Mayer von Strassburg, Dr. jur. Amtmann hier, mit Hildebrand von Bergheim; Ferdinand Birg von hier, Fabrikarb. hier, mit Luise Albrecht, geb. Vöhl, von hier; Aloisius Polmann von Leimberg, Schlosser hier, mit Anna Philipp von Bulach; Heinrich Scheck von Hohenheim, Eisenbahnsekretär in Heidelberg, mit Emilie Laub von hier; Emil Braun von Ludwigsbafen, Schlosser hier, mit Marie Schneider von Worms; Albert Kieger von hier, Decker hier, mit Vertha Reich von Dornheim; Jakob Haller von Dornheim, Bahnarb. hier, mit Hermine Krieger von Dornheim; Friedrich Kugelstadt von Heidelberg, Verwalterassistent hier, mit Johanna Litzschkofer von hier. Todesfälle. 22. Juni: Cathie Köpferich, alt 51 Jahre, Ehefrau von Hermann Köpferich, Schlagschlag; Adolf Stein, Kaufmann, Chemnitz, alt 63 Jahre; Anton Badoj, Bremser, Chemnitz, alt 49 Jahre; Josef Eber, Bahnarbeiter, ledig, alt 37 Jahre. — 23. Juni: Jakob Marti, Friedhofsaufsicher a. D., Widmer, alt 75 Jahre; Adam Galm, Hauptlehrer, Chemnitz, alt 69 Jahre; Christina Schumann, alt 84 Jahre, Witwe von Johann Schumann, Fabrikant; Johanna Rahm, Buchhalterin, alt 22 Jahre; Paula Dreß, ohne Beruf, alt 18 Jahre. — 24. Juni: Karoline Kober, alt 70 Jahre, Witwe von Jakob Kober, Schindler; Charlotte, alt 6 Monate 22 Tage, Vater Christian Dech, Telegrafienarbeiter; Johanna Ehinger, Witwe von Othmar Ehinger, Metzger; Friedrich Bösch, Privatw. Chemnitz, alt 54 Jahre.

Verdauungszeit und Trankhaus erwachsener Verstorbener. Samstag, den 25. Juni: 2 Uhr: Anton Badoj, Bremser, Rangierbahnhof. — 1/2 Uhr: Jakob Marti, Friedhofsaufsicher a. D., Karl-Wilhelmsstr. 64. — 3 Uhr: Marie Weinmann, Priv., Sträßstr. 51, wird in Mühlburg beerdigt. — 3 Uhr: Paula Dreß, Jährigertratte 86. — 1/2 Uhr: Adam Galm, Hauptlehrer, Rudolfstr. 31. — 4 Uhr: Johanna Rahm, Buchhalterin, Studstr. 13.

Festkommers des Karlsruher Fußballvereins.

Einen Höhepunkt in der Reihe der sportlichen Jubiläumsveranstaltungen bildete am Donnerstagabend im Saale der „Eintracht“ der Festkommerz. Er brachte der den Saal dicht besetzenden großen Sportfamilie einige Stunden anregender Unterhaltung und des Frohsinns.

Zu Ehrenmitgliedern wurden ernannt:

Friedrich Gutisch, Hermann Bachmann, Ludwig Beck, Wilhelm Goffas, Daniel Huber, Ernst Ränger, Wilhelm Ränger, Karl Fleisch, Rudolf Weiler, Hermann Zug, Karl Sauter, August Kiffner.

Die Vergehen der Merklinger und Genossen.

Die Vergehen der Merklinger und Genossen. Warenhaus-Betrügereien großen Stils. Pferde Diebstahl.

Vom Wetter.

Table with weather forecasts for various locations including Hamburg, Berlin, Frankfurt, and Karlsruhe. Columns include location, wind direction, and weather conditions.

Advertisement for 'Wir wissen Rat' (We know the way) featuring a rat illustration and text about household advice.

Advertisement for 'Obst- u. Wein-Pressen' (Fruit and wine presses) by J. Dieffenbacher Söhne, Eppingen.

Advertisement for 'Juwelen- u. Uhrenhaus Oskar Kirschke' (Jewelry and watch shop) at Kriegstraße 70.

Advertisement for 'Wanzen samt Brut' (Bedbugs and eggs) with details on identification and treatment.

Advertisement for 'Bauarbeiten' (Construction work) by Bau-Industrie A.-G., Rastatt.

Advertisement for 'Gottesdienste 26. Juni' (Church services on June 26th) listing various parishes.

Advertisement for 'Abonnenten' (Subscribers) of the Karlsruhe Tagblatt, including subscription rates.

Advertisement for 'Bedauungsplan für das alte Bahndot-geäude' (Insurance plan for the old railway building).

Advertisement for 'Die Wasserkraftanlage im Murgtal' (Water power plant in the Murg valley).

Advertisement for 'Die Vereine vereinen sich' (Clubs unite) regarding the Murg valley water power plant.

Advertisement for 'C. F. Müller'sche Hofbuchhandlung' (C. F. Müller's bookshop) with contact information.

Large advertisement for 'Gottesdienste 26. Juni' (Church services on June 26th) listing numerous parishes and their service times.